

Bundesverband der Familienzentren e.V. (BVdFZ)
c/o Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
Darmstädter Str. 100, 64625 Bensheim

Berlin, 08.07.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Kobelt Neuhaus,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

Qualität in der frühkindlichen Bildung

1.) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der SPD für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

Um die Angebote in den Kiezen für Eltern und den Zugang zu Bildung auch für benachteiligte Kinder zu verbessern, unterstützt der SPD geführte Senat die sozialräumlich ausgerichtete Entwicklung von Familienzentren, insbesondere an Kindertagesstätten, als Anlaufpunkte für Familien. Mittlerweile gibt es in den Berliner Bezirken 31 Familienzentren.

Wir werden weitere Familienzentren und Familienbüros als lokaler Ansprechpartner schaffen, um die Zugänge zu frühen Hilfen, Familienbildungsmaßnahmen und anderen Unterstützungssystemen für junge Familien weiter zu verbessern. Eine ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut ist konsequent und gezielt umzusetzen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und einkommensarme Familien müssen gezielt unterstützt werden.

- 2.) Was plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat die SPD in der vergangenen Legislatur bereits umgesetzt?**
- 3.) Welche Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) strebt die SPD in Berlin an, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich weiter zu verbessern?**

Antwort auf die Fragen 2 und 3:

Die Berliner SPD setzt in der Kinderbetreuung auf den Dreiklang aus Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit.

Wir haben die Anzahl der Kita-Plätze in Berlin deutlich ausgebaut. Zwischen 2006 und 2014 ist die Zahl der Plätze um 40 Prozent gestiegen, allein seit 2011 sind schon mehr als 20.000 neue Plätze eingerichtet worden. 70 Prozent der Kinder von einem bis drei Jahren sowie 93 Prozent der Kinder von drei bis sechs Jahren werden in den Berliner Kindertagesstätten betreut, die für uns eben nicht allein Betreuung, sondern Teil des Bildungssystems sind. Wir wollen die Qualität in der Erziehung in allen Altersgruppen verbessern, angefangen bei den Kleinsten. Eine Erzieherin bzw. ein Erzieher soll sich in Berlin künftig um durchschnittlich 4,3 Kinder (analog zur Betreuungsquote im Bundesdurchschnitt) im Krippenbereich kümmern.

Darüber hinaus steht die Berliner SPD für eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Universität. Seit 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre beitragsfrei. Deshalb werden wir, beginnend mit dem Schuljahr 2016/17, schrittweise auch den Besuch der Kindertagesstätte bei unter Dreijährigen frei von Gebühren stellen. Berlin wird das erste Bundesland sein, in dem Bildung nichts kostet, von der Kita bis zur Hochschule.

- 4.) Wie möchte die SPD Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Berlin in der kommenden Legislatur zusätzlich fördern und Anreize für die Entstehung neuer Familienzentren geben? Was hat die SPD in der vergangenen Legislatur in diesem Zusammenhang bereits umgesetzt?**

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 ist das Landesprogramm Berliner Familienzentren grundsätzlich verstetigt worden. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft stellt für diese Maßnahme bis Ende 2017 rund 2,5 Millionen Euro jährlich bereit. Zusätzlich zu den bisher geförderten 31 Standorten wurde das Landesprogramm um fünf Standorte erweitert. So befinden sich jetzt in jedem Berliner Bezirk drei landesgeförderte Familienzentren.

- 5.) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in Berlin gelingend umzusetzen. Wie möchte die SPD in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Berlin – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Menschen mit Fluchterfahrung – weiter vorantreiben?**

Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält. Um dies zu befördern werden wir den kindbezogenen Zuschlag für das Kriterium nicht-deutsche Herkunftssprache auf eine neue Grundlage stellen und tatsächlich pro Kind zahlen.

Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) Möchte die SPD Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?**

Die SPD wird weiter darauf setzen, die notwendigen Mittel zum Ausbau von Familienzentren im Haushalt zu veranschlagen. Dies ist in den letzten beiden Haushalten bereits erfolgt und wird fortgesetzt.

- 2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Familienzentren mit Schulen und Einrichtungen der Familienbildung und -beratung, die auch nach § 10 Abs. 5 Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) vorgesehen ist, braucht zusätzliche Strukturen. Wird die SPD bei einer erneuten Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?**

Ja.

- 3) Sieht die SPD darüber hinaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KitaFöG) in der kommenden Legislatur?**

- a) Planen Sie in der 18. Wahlperiode eine Reduzierung der Fachkraft-Kind-Relation im U3-Bereich?

Ja, wir wollen die Fachkraft-Kind-Relation im U3-Bereich in Berlin auf den Bundesdurchschnitt senken. Bundesweit betreut momentan eine Erzieherin bzw. ein Erzieher im Durchschnitt 4,3 Kinder.

- b) Plant die SPD bei einer Regierungsbeteiligung eine Ergänzung des § 14 KitaFöG (Elternbeteiligung), um eine Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnisse bei der Konzeption der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen und ihnen die Information über die Angebote der Einrichtung zur Verfügung zu stellen?

Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält. Um dies zu befördern werden wir den kindbezogenen Zuschlag für das Kriterium nicht-deutsche Herkunftssprache auf eine neue Grundlage stellen und tatsächlich pro Kind zahlen.

Vereinbarkeit Familie und Beruf:

- 1) Wie möchte die SPD die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Berlin weiter verbessern?**

An dieser Stelle hat es durch die Neureglungen des Familienpflegezeitgesetzes und des Pflegezeitgesetzes auf Bundesebene bereits deutliche Verbesserungen gegeben. Seit dem 1. Januar 2015 erhalten Beschäftigte mehr zeitliche Flexibilität und Sicherheit, um Angehörige zu pflegen. Im Gesetz verankert wurde auch ein Rechtsanspruch der Beschäftigten auf eine zu bis zweijährige teilweise Freistellung für die Pflege Angehöriger.

Zur besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf wurde ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung geschaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf flexible Tages- und Nachtpflegeangebote zur Betreuung und Versorgung Pflegebedürftiger ein.

- 2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der SPD maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?**

Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern und fordern eine Anpassung der Betreuungsinfrastruktur an die veränderten Anforderungen der modernen Arbeits- und Lebenswelt sowie die Stärkung der Erwerbsfähigkeit von Eltern. Berlinweit gibt es unterschiedliche Bedarfe für Kinderbetreuung außerhalb der üblichen Kita-Zeiten. Deshalb muss ein

Betreuungssystem so flexibel wie möglich für die Spätabendstunden und der Nacht zur Verfügung gestellt werden. Dazu werden wir das Modell einer mobilen Betreuung von Kindern im Haushalt der Eltern – in Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen – einführen.

Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

1) Welche Rolle haben aus Sicht der SPD Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von neuzugewanderten Familien in Berlin?

Wir werden auf verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen allen Familienzentren und den in ihren jeweiligen Wirkungsfeldern (ca. 2 Kilometer) liegenden Asylbewerberunterkünften hinwirken. Darüber hinaus werden wir uns für zusätzliche finanzielle für die Berliner Familienzentren einsetzen, um niedrigschwellige Angebote (wie Familienbildung, Beratung und Unterstützung, Frühe Hilfen, Begegnung und Selbsthilfe, Deutschkurse für Eltern mit Kinderbetreuung, Spielgruppen usw.) - insbesondere auch in den Unterkünften für Asylbewerberinnen und -bewerber zu ermöglichen.

2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der SPD aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Kitazeit ist Bildungszeit und wir wollen, dass alle Kinder eine gute Betreuung haben, andere Kinder treffen und den sozialen Umgang lernen. Integration und Inklusion sind gelebte Realität in unseren Kindertageseinrichtungen. Werden benachteiligte Kinder und Kinder mit Behinderung hier optimal gefördert, sind Sonderschulen und andere Sondereinrichtungen langfristig überflüssig.

Dem Verständnis von Inklusion im Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege liegt ein Inklusionsbegriff zugrunde, der auf dem „Index für Inklusion“ basiert. Er umfasst alle psychischen, physischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen, geschlechterbezogenen, religiösen, ethnischen und sprachlichen Unterschiede. Inklusion in der Kindertageseinrichtung und der Kindertagespflege meint, dass jedes Kind ein Recht auf Förderung, Bildung und Erziehung hat. Inklusiver Bildung geht davon aus, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen auf die Voraussetzungen und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes einstellen, erkennen wo es Hemmnisse für dessen Teilhabe gibt und dafür sorgen, dass diese überwunden werden.

3) Welche Chancen sieht die SPD in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen zu fördern?

siehe Antwort auf Frage Nr. 1 in diesem Themenkomplex

4) Möchte die SPD interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

Wir fördern die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte in interreligiöser und interkultureller Kompetenz bereits jetzt in fachlicher und finanzieller Hinsicht und werden weitere Qualifizierungsmaßnahmen umsetzen.

5) Ab wann gilt aus Sicht der SPD ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Kinder, die geflüchtet sind? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gilt für jedes Kind, egal ob es geflüchtet ist oder nicht. In diesem Umfang werden auch die Bildungschancen aller Kinder gefördert. Eine Betreuung von Anfang an ist allerdings das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

1) Welche Maßnahmen plant die SPD zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Für uns ist vor allem die Regionalisierung ein wesentliches Mittel, um die Kooperation der verschiedenen Angebote zu erleichtern. Das ist aufgrund der Vielzahl von Beteiligten – in vertikaler und horizontaler Betrachtung – eine schwierige Aufgabe. „Entsäulung“ beschreibt dabei nur teilweise die Notwendigkeiten. In der Kinder- und Jugendhilfe schafft die Sozialraumorientierung den richtigen Ansatz, den wir weiter verfolgen wollen. Die Förderung von Lern- und Erfahrungsräumen im direkten Lebensumfeld junger Menschen benötigt eine Stärkung dezentraler Angebote der Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendverbände. Dies erfordert, die Kooperation Jugendhilfe-Schule weiter zu qualifizieren und einen besonderen Fokus auf die ganzheitliche Entwicklung des Sozialraums zu legen. Lernen durch ehrenamtliches Engagement, durch selbstorganisierte Projekte und durch sozialpolitische Mitwirkung braucht eine Stärkung der Jugendarbeit in ihrer dezentralen Struktur mit gesetzlichen Standards.

2) Die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erreicht aus Sicht des BVdFZ nicht die Familien, die sie benötigen. Welche Angebote und Maßnahmen plant die SPD, um Multiproblemfamilien in Berlin zu erreichen und sie zu unterstützen?

Seit dem vergangenen Jahr fördern wir den Ausbau von 10.000 Kindertagesstätten vor allem in sozialen Brennpunktlagen. Denn Studien belegen, dass gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien von einem frühen Kita-Besuch profitieren. Gleichzeitig wollen wir die Eltern noch stärker davon überzeugen, ihre Kinder in einer Kita anzumelden. Um finanzielle Hürden abzubauen, werden wir auch die Betreuung der Unter-Dreijährigen frei von Gebühr stellen.

Auch die Hortgebühren sollen bis 2018 abgeschafft werden. Und: Um allen Kindern den Zugang zur Förderung und Betreuung im Hort zu eröffnen, werden wir die Bedarfsprüfung im offenen Ganztagsschulbetrieb abschaffen.

Mit dem bereits länger laufenden Brennpunktschulprogramm erhalten über 250 Berliner Schulen mit besonderen Belastungen zusätzliche Mittel zum Beispiel für Schulsozialarbeit, Anti-Gewalt-Training und Lerntherapie.

Der Schulmittagessen-Härtefonds in Höhe von etwa 240.000 Euro ist für Kinder aus sozial schwachen Familien eingerichtet worden. Noch immer müssen einige Kinder den anderen beim Essen zusehen. Deshalb wollen wir auch die Gebühren für das Schulmittagessen perspektivisch komplett abschaffen.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer